Bericht über das Austauschsemester an der Universidad Nacional Autónoma de México 2024

Meine Entscheidung, ein Auslandssemester zu absolvieren, wurde bereits vor Beginn des Masterstudiengangs Atlantic Studies getroffen. Tatsächlich war dies einer der Gründe für die Aufnahme des Studiengangs an der Leibniz Universität: die Möglichkeit, an einer der besten Universitäten Lateinamerikas zu studieren. Die UNAM hatte mich schon immer gereizt. Mexiko ist ein beliebtes Ziel für Guatemaltek*innen, die ihren beruflichen und akademischen Horizont erweitern wollen, so dass ich mit dem Ruf der Universität vertraut war. Außerdem studierten mein Großvater und ein Onkel an der Universität. Vor der Reise hatte ich mich über das Studienprogramm, den Wohnungsmarkt und die Bewegungsmöglichkeiten Möglichkeiten in der Stadt informiert, da ich noch nie in Mexiko-Stadt gelebt habe.

Ich suchte eine Wohnung über Online-Plattformen und über die Kontakte eines Freundes in Mexiko-Stadt, die mir halfen, ein bezahlbares Zimmer in der Nähe der Universität zu finden. Außerdem hatte ich das Glück den PROMOS Stipendium zu bekommen. Dadurch konnte ich meine Fixkosten decken, für viel mehr hate es auch nicht gereicht. Die Finanzen waren immer ein Dauer Thema, da ich an meine Ersparnisse ranmusste. In Mexiko ist es sehr schwierig gleichzeitig arbeiten und studiere, da der Arbeitsaufwand viel größer ist als in Deutschland und es keine Möglichkeiten gibt um nebenbei weniger als 20 stunden in der Woche irgendwo zu arbeiten. Es existiert die Modalität eines Minijobs für studierende nicht.

Die UNAM verlangt von Austauschstudenten eine Reisekrankenversicherung, also habe ich auf Empfehlung eines Freundes die von Dr. Walter abgeschlossen. Ich habe gute Erfahrungen gemacht, denn ich hatte mehrere medizinische Probleme und die Versicherung hat mir alles erstattet, was ich während meines Aufenthalts dort ausgegeben habe.

Da das Austauschsemester in den ersten Augusttagen begann und das Sommersemester in Berlin Ende Juli endete, hatte ich wenig Zeit, meinen Umzug zu organisieren. Ich musste in den ersten Monaten parallel eine Hausarbeit für die Leibniz Universität schreiben und meine Kurse, erste Präsentationen usw. für die UNAM vorbereiten.

Mein Alltag war fröhlich und voller Eindrücke, aber ich hatte auch ein größeres akademisches Pensum als an der Leibniz Uni. Die Masterkurse an der UNAM dauern vier Stunden - meist mit einer Pause in der Mitte -, so dass ich nur vier Kurse belegte. Eine über politische Ökologie, eine über mittelamerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts, einen mit den Namen: Anthropologie des Tourismus und einen über geopolitische/lateinamerikanische politische und wirtschaftliche Theorie. Meine Kurse waren zwischen der Fakultät für Sozial- und Politikwissenschaften, auch „Polakas“ genannt, der Gebäude für die Masterstudiengängen (von den Studis auch das Panoptikum genannt, wegen der Architektur des Gebäudes) und der Fakultät für Geisteswissenschaften, die sich am anderen Ende der Universität befindet, aufgeteilt. So konnte ich verschiedene Bereiche kennen lernen und mit Menschen aus anderen Bereichen in Kontakt kommen. Dieses Semester war eines der prägendsten in meinem Leben und meiner Karriere. Ich schätze die Ausbildung in klassischer lateinamerikanischer Gesellschaftstheorie, die ich an der UNAM erhalten habe, und die klare politische Haltung der meisten Professoren sehr.

Der Kurs „Antropología del Turismo“ bot eine kritische und tiefgehende Auseinandersetzung mit den sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen des Tourismus. Im Zentrum stand die Frage, wie touristische Praktiken nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle und identitätsstiftende Prozesse beeinflussen – insbesondere in Ländern des Globalen Südens.

Ein zentrales Thema war die Konstruktion von „Authentizität“ und wie diese von Tourismusagenturen, lokalen Gemeinschaften und Reisenden selbst mit Bedeutung aufgeladen wird. Der Kurs behandelte verschiedene Fallstudien aus Mexiko, etwa indigene Gemeinschaften in Oaxaca oder der Maya-Region, die sich durch den Tourismus neu positionieren – einerseits als wirtschaftliche Strategie, andererseits aber auch mit Risiken der kulturellen Exotisierung und Kommodifizierung ihrer Lebensweisen.

Diskutiert wurden auch postkoloniale Perspektiven auf Tourismus, bei denen die Beziehung zwischen Touristen aus dem Globalen Norden und lokalen Gastgebern kritisch hinterfragt wurde. Der Kurs bezog Theorien von Edward Said, Dean MacCannell und John Urry ein, besonders in Bezug auf das „Tourist Gaze“ und die Machtasymmetrien, die in touristischen Begegnungen oft unausgesprochen bleiben.

Außerdem haben wir uns auch mit Autoren wie David Lagunas beschafft. Er analysiert in „Mythologies of Tourism“ die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Dynamiken rund um das Phänomen des Tourismus, der als soziokulturelles Konstrukt und wirtschaftliche Aktivität verstanden wird. Der Autor stützt sich auf anthropologische und soziologische Ansätze, um zu untersuchen, wie der Tourismus Identitäten, Traditionen und Territorien neu konfiguriert und eine komplexe Beziehung zwischen Besuchern und lokalen Gemeinschaften herstellt.

Lagunas argumentiert, dass der Tourismus nicht nur eine Freizeit- oder Wirtschaftsaktivität ist, sondern auch ein Phänomen, das mit symbolischen Bedeutungen aufgeladen ist. Touristen suchen nach Authentizität, während die lokalen Gemeinschaften oft gezwungen sind, ihre Kultur zu „inszenieren“, um diese Erwartungen zu erfüllen. Der Autor verwendet das von Roland Barthes inspirierte Konzept der „Mythologien“, um zu analysieren, wie der Tourismus idealisierte Erzählungen über Reiseziele schafft. Diese Mythologien fördern idyllische Bilder, die nicht immer der Realität entsprechen, aber die Entscheidungen der Touristen leiten und die Wahrnehmung der Orte prägen.

Der Text hebt hervor, wie eng der Tourismus mit Globalisierungsprozessen verflochten ist. Internationale Reisenetzwerke und die Massenwerbung für bestimmte Reiseziele tragen zur kulturellen Homogenisierung bei und verschärfen gleichzeitig die wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen Ländern, die Touristen entsenden, und solchen, die sie empfangen.

In diesem Kurs wurden einige Ideen, Theorien und Konzepte aus den Büchern „The Tourist: A New Theory of the Leisure Class“ von Dean MacCannell und „The Golden Horde. International Tourism and the Periphery of Pleasure“ von Louis Turner und John Ash ausführlich diskutiert. Die Theorien dieser Bücher werden durch Sekundärliteratur und verschiedene Essays ergänzt, um bestimmte Themen zu vertiefen.

Diese Monographien leisten einen grundlegenden Beitrag zur Schaffung eines angemessenen theoretischen Rahmens für das Verständnis der komplexen Macht- und Abhängigkeitsdynamik,

die durch den internationalen Tourismus entsteht. Diese grundlegenden Beiträge zur kritischen Analyse des Tourismus kommen aus unterschiedlichen, aber komplementären Perspektiven.

Das Seminar „Política Ecológica“ setzte sich mit den politischen, ethischen und ökonomischen Dimensionen der ökologischen Krise auseinander und beleuchtete dabei sowohl globale Strukturen als auch lokale Kämpfe um Umweltgerechtigkeit. Eine zentrale Frage war, wie gegenwärtige Umweltprobleme durch gesellschaftliche Machtverhältnisse geprägt sind und welche alternativen Zukünfte jenseits des kapitalistischen Wachstumsparadigmas denkbar sind.

Ein zentrales Thema war die Trennung von Menschen und Natur, wie sie im westlichen Denken seit der Aufklärung dominiert. Die Vorstellung des Menschen als Herrscher über eine passive, zu beherrschende Natur wurde kritisch hinterfragt – ebenso wie das damit verbundene extraktivistische Verhältnis zur Umwelt. Im Kurs wurde betont, dass diese dualistische Weltsicht nicht universell ist, sondern ein historisch gewachsenes Produkt des eurozentrischen Denkens.

Daran anknüpfend wurden posthumanistische und neomaterialistische Theorien diskutiert, etwa in Anlehnung an Denker*innen wie Donna Haraway, Bruno Latour und Eduardo Kohn. Diese Ansätze fordern eine Neukonzeption von Subjektivität und Agency, in der nicht nur Menschen als politische Akteure betrachtet werden, sondern auch Tiere, Pflanzen, Technologien und Landschaften. In dieser Perspektive wird Politik nicht nur zwischen Menschen gemacht, sondern als ein vielstimmiger Prozess verstanden, der auch nichtmenschliche Wesen und materielle Bedingungen einschließt.

Besonders inspiriert hat mich die Auseinandersetzung mit indigenen Kosmovisionen aus dem globalen Süden, in denen Mensch und Natur als untrennbar miteinander verbunden gelten. Begriffe wie „Pacha Mama“ oder das Konzept des „Buen Vivir“ bieten nicht nur alternative Lebensmodelle, sondern auch tiefgreifende Kritik an der westlichen Moderne.

Weitere zentrale Themen des Kurses waren:

- Klimagerechtigkeit und die kolonialen Kontinuitäten in der globalen Umweltpolitik,

Ein Schwerpunkt des Seminars lag auf der kritischen Analyse der internationalen Klimapolitik durch die Linse der Klimagerechtigkeit. Anders als der dominante Diskurs, der Klima hauptsächlich als ein technisches Problem begreift – etwa durch Emissionsreduzierung und Innovationsförderung – geht es bei Klimagerechtigkeit um historische Verantwortung, soziale Ungleichheit und strukturelle Machtverhältnisse. Im Kurs wurde deutlich gemacht, dass die Hauptverursacher der globalen Erwärmung – historisch gesehen die Länder des Globalen Nordens – bis heute den größten Anteil an CO_2-Emissionen pro Kopf verbuchen, während die Hauptlast der Klimafolgen oft Länder des Globalen Südens trifft. Diese Ungleichverteilung wurde als koloniale Kontinuität verstanden: Ressourcenextraktivismus, Landraub und Umweltzerstörung haben ihren Ursprung in kolonialen Strukturen, die bis heute fortwirken – unter anderem durch Freihandelsabkommen, Schuldenpolitik und umweltfeindliche Investitionsprojekte. Diskutiert wurden zudem die Grenzen des Pariser Abkommens, der Rolle internationaler Konferenzen wie COP, sowie die kritische Position sozialer Bewegungen, die dort häufig marginalisiert werden. Statt technokratischer Lösungen wurde ein umverteilungspolitischer Ansatz eingefordert: Reparationen, Schuldenerlass, Technologietransfer und das Ende fossiler Abhängigkeiten. Ein starkes Beispiel war der Widerstand indigener Gemeinschaften in Mexiko gegen Großprojekte wie den „Tren Maya“,

die offiziell unter dem Vorwand des nachhaltigen Tourismus geplant werden, in der Praxis aber massive Umweltzerstörung und kulturelle Enteignung bedeuten

- Die Kritik an grünen Wachstumsnarrativen und der Entpolitisierung ökologischer Diskurse,

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt war die Kritik an der Idee des sogenannten „grünen Wachstums“ („green growth“) – also der Vorstellung, dass ökonomisches Wachstum und Umweltverträglichkeit miteinander vereinbar sind, wenn es nur „grün“ genug gestaltet wird. Der Kurs stellte diese These grundsätzlich in Frage. Es wurde herausgearbeitet, dass technologische Lösungen allein – etwa Elektroautos, CO_2-Kompensation, „grüne“ Investitionen – nicht ausreichen, um die ökologischen Kipppunkte zu verhindern. Vielmehr besteht die Gefahr, dass solche Strategien lediglich die bestehenden Wirtschafts- und Machtverhältnisse stabilisieren und sich der Diskurs dadurch entpolitisiert: Anstelle struktureller Veränderungen tritt die Illusion individueller Konsumentscheidungen oder marktbasierter Optimierungen.

Diese Depolitisierung ökologischer Debatten wurde auch als Diskursstrategie großer Unternehmen und internationaler Institutionen identifiziert, um tiefgreifende Transformationen zu vermeiden. Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ oder „Netto-Null“ wurden im Kurs kritisch als Buzzwords analysiert, die häufig leer bleiben oder sogar dazu dienen, Greenwashing zu betreiben. Im Gegensatz dazu wurde gefordert, ökologische Fragen als gesellschaftliche Machtfragen zu begreifen: Wer entscheidet über Ressourcenverteilung? Wer profitiert von „grüner“ Technologie? Wer trägt die Kosten? Der Kurs plädierte für eine Repolitisierung ökologischer Diskurse im Sinne sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Beteiligung.

- Degrowth, Ökofeminismus und Territorialität als alternative politische Rahmen.

Abschließend beschäftigte sich das Seminar mit alternativen Konzepten, die über die kapitalistische Logik von Wachstum, Konsum und Zentralisierung hinausgehen.

Degrowth (Postwachstum): Der Kurs stellte Degrowth als eine Bewegung und Theorie vor, die ein bewusstes Zurückfahren ökonomischer Aktivität in den reichen Ländern fordert – nicht aus technikfeindlichen Gründen, sondern um Ressourcenverbrauch und Ausbeutung zu reduzieren. Dabei geht es nicht um Verzicht im neoliberalen Sinne, sondern um ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen. Diskutiert wurden unter anderem Konzepte wie Commons, ökonomische Demokratisierung, Zeitwohlstand und nicht-ökonomische Lebenssphären.

Ökofeminismus: In diesem Teil wurde analysiert, wie Umweltzerstörung und patriarchale Strukturen miteinander verschränkt sind. Ökofeministische Perspektiven – etwa von Vandana Shiva, Silvia Federici oder Berta Cáceres – zeigen, dass Frauen, insbesondere im Globalen Süden, überproportional von Umweltzerstörung betroffen sind, gleichzeitig aber auch zentrale Akteurinnen in der Verteidigung von Lebensräumen und Wissenstraditionen sind. Ökofeminismus kritisiert das dualistische Denken von Mann/Natur, Frau/Kultur und stellt stattdessen Fürsorge, Verbundenheit und Relationalität in den Mittelpunkt einer ökologisch-politischen Ethik.

Territorialität: Schließlich wurde das Konzept der Territorialität als politisches Gegenmodell zu nationalstaatlicher Kontrolle oder Marktregulierung behandelt. Besonders in indigenen Bewegungen Lateinamerikas bedeutet „Territorium“ nicht bloß Landbesitz, sondern einen kollektiven Lebensraum, der kulturell, spirituell und ökologisch geprägt ist. Die Verteidigung dieser Territorien – gegen Bergbau, Infrastrukturprojekte oder Monokulturen – ist zugleich ein politischer, ökologischer und existenzieller Kampf. Territorialität wurde damit als gelebte Praxis alternativer Weltverhältnisse verstanden.

Diese drei Themenbereiche eröffneten einen Raum für ein radikal anderes Nachdenken über Umweltpolitik: nicht als technische Anpassung, sondern als tiefgreifender kultureller, politischer und ökonomischer Wandel. Für mich war besonders beeindruckend, wie sehr Theorie und gelebte Praxis im lateinamerikanischen Kontext miteinander verflochten sind – und wie viel wir in Europa von diesen Erfahrungen lernen können.

Der Kurs verband theoretische Reflexion mit konkreten Beispielen aus Mexiko, etwa den Widerstand indigener Gemeinden gegen Megaprojekte, Bergbau oder staatliche Umweltpolitik. Diese Perspektiven machten deutlich, dass ökologische Fragen immer auch Fragen von Macht, Kolonialität und sozialer Gerechtigkeit sind.

Den Dritten Kurs, den ich offiziell angemeldet habe, hieß: Geopolítica y Geoeconomía del Capital en el XXI. Also die Geopolitik und Geoökonomie des Kapitals im 21 Jahrhundert. In dem Seminar stand die Analyse der gegenwärtigen globalen Machtverhältnisse im Vordergrund, insbesondere unter dem Einfluss des transnationalen Kapitals. Der Kurs verband geopolitische Theorie mit kritischer politischer Ökonomie und untersuchte die Verschiebung globaler Machtachsen im Kontext von Finanzialisierung, Ressourcenextraktivismus und geoökonomischen Strategien. Im Kurs wurde der Mythos der Objektivität der Wissenschaftler kritisiert und der Soziologische Anspruchs Max Webers entlarvt.

Die Rolle multinationaler Konzerne in der Gestaltung globaler Politik wurde im Kurs genauer unter die Lupe gebracht. Ein Schwerpunkt lag auf der wachsenden Macht multinationaler Konzerne, die nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Akteure darstellen. Dabei wurde gezeigt, dass Unternehmen wie Shell, Amazon, BlackRock, Tesla, Microsoft oder Cargill: globale Lieferketten steuern, Arbeitsverhältnisse flexibilisieren, Steuervermeidung und Regulierungsflucht betreiben und Einfluss auf nationale Gesetzgebung und internationale Abkommen nehmen (z. B. durch Lobbying oder Investor-Staat-Schiedsverfahren).

Diese Konzerne agieren oft jenseits demokratischer Kontrolle, beeinflussen aber tiefgreifend Fragen wie Ressourcennutzung, Datenpolitik oder klimapolitische Strategien. Besonders im Globalen Süden wirken sie als verlängerte Arme eines neuen „digital-extraktivistischen Regimes“, das auf Zugang zu Rohstoffen, Daten und billiger Arbeitskraft zielt.

Der Kurs analysierte intensiv die Verschiebung globaler Machtachsen und Neuverteilung geopolitischer Macht: USA, China, Russland, EU. Im Mittelpunkt stand die Konkurrenz zwischen den USA und China als führende geopolitische und geoökonomische Akteure. Dabei wurden verschiedene Dimensionen beleuchtet: Militärisch-strategisch (z. B. Taiwan, Südchinesisches Meer), Ökonomisch (Handelskrieg, Technologiewettlauf um Künstliche Intelligenz und grüne Technologien), Infrastrukturpolitisch (z. B. Chinas „Neue Seidenstraße“, USA-gestützte Gegeninitiativen wie „Build Back Better World“).

Auch Russlands geopolitische Rolle – etwa im Kontext des Ukraine-Kriegs und seiner Energiepolitik – wurde als Teil eines neuen „Multipolarismus“ diskutiert. Die Europäische Union hingegen wurde ambivalent betrachtet: einerseits als Ordnungsfaktor im globalen Handelssystem, andererseits als innerlich zerstritten und zunehmend abhängig von externer Energie- und Sicherheitspolitik.

Der Kurs stellte die These auf, dass wir heute nicht mehr von einem hegemonialen Zentrum, sondern von mehreren rivalisierenden Machtknoten ausgehen müssen – verbunden durch Netzwerke, Infrastrukturen und Kapitalflüsse, aber auch durchwachsende geopolitische Spannungen. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und der Israel/Palästina Konflikt wurde immer thematisiert und diskutiert.

Die Rohstoffe als geopolitische Schlüsselressourcen waren auch ein Untersuchungsgegenstand. Die strategische Bedeutung von Rohstoffen für geopolitische Machtprojektionen und kapitalistische Expansion wurde mehrmals aufgenommen und anhand verschiede Beispiele erläutert. Lithium – als zentrales Element für Batterien in der „grünen“ Transformation – macht Länder wie Bolivien, Argentinien und Chile zu geopolitischen Hotspots.Seltene Erden – essenziell für Hightech, Rüstung und Digitalisierung – führen zu neuen Abhängigkeiten, insbesondere gegenüber China, das über große Lagerstätten und Verarbeitungskapazitäten verfügt. Erdöl und Gas bleiben trotz Dekarbonisierungsdiskursen weiterhin zentrale Konfliktfelder, wie etwa der Ukraine-Krieg oder die Debatte um Pipelines (Nord Stream, TAP) zeigen. Der Kurs zeigte, dass die sogenannten „grünen“ Technologien oft nicht zu weniger Extraktivismus führen, sondern neue Formen davon erzeugen – häufig mit ähnlichen sozialen und ökologischen Konsequenzen. Diese „grüne Geopolitik“ wurde als paradoxes Zusammenspiel von Nachhaltigkeitsrhetorik und Ressourcenkolonialismus entlarvt.

Die Transformation von Staatlichkeit unter neoliberalen und extraktiven Logiken und Mechanismen wurden anhand des IWF und der Weltbank analysiert. Ein weiterer Fokus lag auf der Frage, wie sich Staatlichkeit im globalen Kapitalismus verändert. Der Kurs argumentierte, dass Staaten nicht verschwinden, sondern sich neu konfigurieren, um kapitalfreundliche Bedingungen zu schaffen. In vielen Ländern zeigt sich dies in Form von:

- Entstaatlichung öffentlicher Güter (z. B. Wasser, Bildung, Gesundheit),
- Schuldenpolitiken und Austeritätsmaßnahmen (oft unter Druck von IWF und Weltbank),
- territorialer Repression gegenüber Umwelt- und Indigenenbewegungen,
- sowie der Militarisierung von Infrastrukturprojekten.

Die Staaten des Globalen Südens – insbesondere in Lateinamerika – wurden dabei als Schlüsselregionen extraktiver Akkumulation behandelt, deren Souveränität durch Schuldenabhängigkeit, Handelsverträge und geopolitische Erpressung systematisch eingeschränkt wird.

Gleichzeitig wurden Bewegungen wie die Zapatistas, Mapuche, oder indigene Widerstände gegen Bergbauprojekte als Gegenkräfte diskutiert, die neue Formen von Autonomie und Territorialpolitik entwickeln. Diskutiert wurden unter anderem auch die Neue Seidenstraße (Belt and Road Initiative) Chinas, die Rolle lateinamerikanischer Staaten im globalen

Kapitalismus sowie der Einfluss internationaler Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank auf nationale Souveränität.

Außerdem habe ich während meines Semesters in Mexiko den Geschichtskurs: Revolución y demoracia en Centroamaerica en el siglo XX als gasthörer besucht. Der Kurs bot eine intensive Auseinandersetzung mit den politischen Umwälzungen, bewaffneten Konflikten und Demokratisierungsprozessen in den zentralamerikanischen Ländern – insbesondere Guatemala, El Salvador und Nicaragua. Im Fokus standen dabei sowohl die historischen Ursachen der revolutionären Bewegungen als auch deren politische Folgen und das schwierige Verhältnis zur Demokratie in der Region.

Der Kurs verband historische Analyse mit kritischer Theorie, insbesondere aus der lateinamerikanischen Politikwissenschaft, Geschichtsschreibung und Soziologie. Behandelt wurden u. a. Theorien der Revolution (Theda Skocpol, Eric Hobsbawm, Florestan Fernandes) sowie postkoloniale und dependency-theoretische Perspektiven.

Ein zentraler Ausgangspunkt der Diskussion war die Identifikation der strukturellen Ursachen der revolutionären Konflikte im 20. Jahrhundert. Dazu zählten: extreme soziale Ungleichheit (v. a. im Zugang zu Land, Bildung und Rechten), autoritäre politische Regime (oft gestützt durch Militärdiktaturen) sowie externe Einflussnahme durch die USA im Rahmen des Kalten Krieges, die in Zentralamerika als „Hinterhof“ agierten.

Der Kurs untersuchte, wie diese Faktoren zur Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten führten – insbesondere von Bauern, Studierenden, Gewerkschaften und indigenen Gemeinschaften – und wie daraus bewaffnete Aufstandsbewegungen entstanden.

Anhand detaillierter Fallstudien wurden die wichtigsten revolutionären Prozesse der Region analysiert: Nicaragua: Die Sandinistische Revolution (1979), getragen von der FSLN, wurde als einziger erfolgreicher revolutionärer Umsturz der Region dargestellt. Der Kurs beleuchtete sowohl die Erfolge (Alphabetisierungskampagne, Agrarreform, Gesundheitsversorgung) als auch die Herausforderungen und Widersprüche, etwa die zunehmende Bürokratisierung und die autoritären Tendenzen in der Folgezeit. El Salvador: Der Bürgerkrieg (1980–1992) zwischen der Regierung und der FMLN wurde als Beispiel für eine langjährige asymmetrische Auseinandersetzung mit massiven Menschenrechtsverletzungen analysiert. Besonderes Augenmerk lag auf der Rolle der USA, die die Regierung massiv militärisch unterstützte, sowie auf dem schwierigen Friedensprozess (Chapultepec-Abkommen). Guatemala: Der jahrzehntelange Bürgerkrieg (1960–1996) wurde als Beispiel für einen strukturell rassistischen und oligarchisch dominierten Staat untersucht, in dem insbesondere indigene Gemeinschaften Opfer von Massakern und Genozid wurden (z. B. unter Ríos Montt). Auch hier wurde der Friedensprozess kritisch reflektiert.

Ein zentrales Thema war die Frage, inwiefern die Übergänge zu formaler Demokratie nach den Friedensverträgen tatsächlich mit sozialer Gerechtigkeit, Inklusion und politischer Partizipation einhergingen. Der Kurs argumentierte, dass in vielen Fällen nur eine minimale Form von Demokratie (formale Wahlen, neoliberale Ordnungen) etabliert wurde, während die strukturellen Ungleichheiten fortbestanden oder sich sogar verschärften.

Diskutiert wurde das Konzept einer „postkonfliktiven Demokratie ohne Gerechtigkeit“, das etwa die Rückkehr von Eliten in zentrale Machtpositionen beschreibt, die vorher für Gewalt, Korruption oder Repression verantwortlich waren.

Zudem wurde die Rolle transnationaler Akteure (Weltbank, USAID, NGOs, UN-Missionen) kritisch hinterfragt, die Demokratisierung oft an wirtschaftliche Öffnung und strukturelle Anpassung knüpften, anstatt partizipative Prozesse von unten zu stärken.

Insgesamt war es eine sehr inspirierende und wertvolle Erfahrung. Ich habe auch für mich Entschieden, nach Mexiko zu ziehen und dort mein Beitrag leisten, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen.